Die Banalisierung der Politik

Gerade jetzt braucht es verstärkte Kritik

■ Mit HEINRICH NEISSER sprach PETER PAWLOWSKY

Quart*: Wo ist das christlich-soziale Element hingekommen? Die heutige türkise ÖVP hat das nicht mehr, ist es ganz verloren gegangen? Man hat den Eindruck, dass die jetzige Regierung bei den Armen spart. Gibt es dieses christlich-soziale Element noch, vielleicht in den Bundesländern, und ist es wirklich so, dass die Leute in den Bundesländern, die Landeshauptleute der ÖVP sich auf die Dauer die Bevormundung und die Entmachtung durch den Herrn Kurz gefallen lassen?*

Neisser: Ich glaube, dass wir in einer Zeit der Entideologisierung leben; und so problematisch der Begriff der Ideologie ist, so war er doch immer auch eine geistige Orientierung. Das ist heute weitgehend verschwunden. Es gibt eigentlich in der österreichischen Parteienlandschaft kaum jemanden, der noch Ideologie im eigentlichen Sinn betreibt, am ehesten in meinen Augen die Neos, die versuchen eine gewisse liberale Dimension in die Politik einzubringen. Die Sozialdemokratie hat ihre Substanz verloren, und leider hat das auch die Österreichische Volkspartei. Sie ist als Volkspartei gegründet worden, mit all den Schwierigkeiten, die in einer Multiinteressenpartei damit verbunden sind. Sie war immerhin eine Bewegung, in der unterschiedliche Anschauungen doch zu einem Kompromiss geführt haben und auch ziemlich klar christlich-soziale Wurzeln erkennen hat lassen. Es hat eine Zeit gegeben, wo der ÖAAB innerhalb der ÖVP eine starke Position gehabt hat. Damals ist auch noch gerungen worden über Grundfragen des Sozialstaates, sozialpolitische Einstellungen. Das ist heute alles nicht der Fall. Die ÖVP unterliegt dem Prozess, der in anderen Ländern auch festzustellen ist, einer völligen Banalisierung und einer Vordergründigkeit der Politik. Es geht nur mehr um die PR-mäßige Darstellung, und das merkt man natürlich auch an den Personen.

Ist es nicht so, dass die Rechtsparteien, auch die FPÖ durchaus noch ihre Ideologie haben?

Das ist natürlich auch eine Mischung, die nicht die meine ist, weil sie zum Teil in einem antiquierten Denken befangen ist. Die Burschenschaften sind wirklich ein archaisches Phänomen innerhalb der Partei. Sie beherrschen immerhin das Instrumentarium des Rechtspopulismus sehr gut. Das ist eine Partei, die vielleicht noch gewisse Grundätze hat, die aber, glaub ich, im Allgemeinen für die Demokratie nicht gut sind. Und ich messe halt auch die geistige Orientierung einer Partei daran, wie weit sie wirklich mit den Grundfragen der Gesellschaft und der Demokratie kompatibel ist.

Gibt es diese christlich-soziale Orientierung noch in der Volkspartei, und zwar in den Bundesländern? Da gibt es zum Teil starke Landeshauptleute.

Politischer Dilettantismus

Die Ermächtigung an Kurz ist eine Ermächtigung für personelle Entscheidungen. Davon hat er dann Gebrauch gemacht mit einer Reihe von Quereinsteigern, indem er auch Leute geholt hat, denen, glaub ich, die Voraussetzungen fehlen. Was nicht erfolgt ist, ist eine Ermächtigung, auch die Inhalte der Partei festzusetzen. Das bleibt also weiterhin ein Problem, mit dem sich die ÖVP in Zukunft wird beschäftigen müssen – da spielen natürlich die Länder eine größere Rolle. Das bündische Problem in der ÖVP ist schon ziemlich zurückgedrängt. Das liegt am sozioökonomischen

Heinrich Neisser studierte Rechtswissenschaften in Wien, war von 1961 bis 1966 Sekretär im Präsidium des Verfassungsgerichtshofs, von 1969 bis 1970 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1987 bis 1989 Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform. Vor und nach seinem Ministeramt war er Abgeordneter zum Nationalrat, Klubobmann der ÖVP von 1990 bis 1994 und Zweiter Nationalratspräsident von 1994 bis 1999. Bis Ende 2007 hielt er den Jean-Monnet-Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Innsbruck. Heinrich Neisser war Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (ÖFG) und Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien.

■ Die ÖVP unterliegt dem Prozess einer völligen Banalisierung und einer Vordergründigkeit der Politik.

Rückgang des Bauerntums, das liegt an der immer weniger werdenden Bedeutung des ÖAAB und des Wirtschaftsbundes. Das ist wahrscheinlich sogar ein positives Zeichen. Die Zeiten, wo es einen Stellenplan gegeben hat bei der Postenverteilung, und das hab ich ja jahrzehntelang miterlebt, sind vorbei. Was, glaub ich, unverändert sein wird, und was sich sogar noch ändern wird, ist die Stärkung der Länder. Das werden die anderen Parteien natürlich auch spüren, aber die ÖVP besonders stark. Es zeigt sich jetzt schon, dass in der Frage des personellen Recruitments ganz klar der Landeschef und der Landesherr bestimmen.

Diese Regierung will gerade das verändern. Sie will, was unterschiedlich geregelt ist, durch Gesetze bundesweit vereinheitlichen, etwa die Krankenkassen zusammenlegen. Da scheint ein Konflikt heraufzukommen, wenn Sie sagen, die Bundesländer werden stärker, denn das ist genau das, was die Regierung verhindern will.

Ohne dass ich jetzt von einem Pessimismus befallen bin, meine ich, dass das Scheitern der Regierung in der Frage der sogenannten Staatsreform vorhersehbar ist, weil die Bundesseite auf diesen Prozess nicht vorbereitet ist. Mit großen Erklärungen, was man alles einsparen kann und wodurch alles billiger wird, ist es nicht getan. Wir erleben es an der Föderalismusdiskussion in anderen Ländern. Daran müssen die Länder mitwirken, daran muss aber auch eine starke Bundesregierung mit Sensibilität und psychologischem Feingefühl herangehen. Ich war ja jahrelang in der Partei tätig und wir haben sicher manche Blödheit begangen, aber wenn jemand so dilettantisch beispielsweise die Frage der Arbeiterunfallversicherung angeht und umsetzen will, das ist klassischer politischer Dilettantismus besonderer Art: Wo man von Anfang alle von den Ärzten, über die Patienten bis zu den Politikern vergrämt – allein eine Sache so anzugehen! Und so geht es bei vielen anderen Dingen. Auf grundsätzliche Fragen ist die Regierung eigentlich nicht vorbereitet. Für das mittelfristige Denken in der Politik, und nur dann kann man etwas Neues machen, wenn man die Fähigkeit hat, ein bisschen auch in einen zeitlichen Raum zu sehen, gibt es überhaupt keinen Platz mehr. Es gibt keine fundierten Aussagen und Orientierungen mehr, wie man sich eigentlich die Zukunft der Gesellschaft und des österreichischen Staats vorstellt. Es ist alles sehr punktuell. Der Föderalismus ist auch immer etwas punktuell verhandelt worden: Gibst Du mir das, dann krieg ich das. Und daher haben wir noch Diskussionen über das neue Jugendschutzgesetz. Es ist ja wirklich absurd, dass das quasi als ein Hoffnungsstrahl angesehen wird in der Föderalismusdiskussion. Die Frage welche Spielarten des Föderalismus in einem modernen Bundestaat es gibt, ist längst ausdiskutiert, nicht nur im Bereich der Wissenschaft, sondern auch in den politischen Diskussionen. Ich versteh nicht, wieso man sich diese Dinge nicht zu Eigen macht.

Haben Sie eine Prognose, eine Hoffnung oder eine Befürchtung, wie das weitergeht? Entideologisierung, dieser Dilettantismus beim Regieren, das kann doch auf die Dauer nicht halten.

Was wir bisher sehen, ist ja die Fortsetzung von der Methodik her, die Fortsetzung des bisherigen Wegs. Ich verfolge ein bisschen (weil ich mich damit beschäftigt habe in einer Vorlesung über die Behindertenpolitik) jetzt die Regressdiskussion. Das ist das klassische Beispiel: Da verlangen die Länder etwas, der Bund sagt nein und man fängt an, sich zu nähern. Am Schluss kommt etwas heraus, das sind nicht die 600 Millionen, die die Länder wollen, und es sind mehr als die 100 Millionen, die der Bund geben will. Das ist der gute österreichische Weg, wie man immer kasuistisch Probleme löst. Das war durchaus auch erfolgreich, aber das ist mit eine Ursache dafür, dass wir bis heute nicht in der Lage sind, das Föderalismusproblem in seiner großen Struktur zu erkennen und zu ändern.

Notwendig: Konsenspolitik eines anderen Stils

Gibt es irgendwo Ansätze für eine andere Politik, die entweder an frühere geistige

Orientierungen anknüpft – auch die Sozialdemokraten haben solche und können nicht mehr an sie anknüpfen, bei der ÖVP aber ebenso. Sehen Sie irgendwo Ansätze bei jungen Leuten, einen anderen Weg zu gehen?

Wie bringt man Leute, die dieses zukunftsorientierte Denken haben, überhaupt in die Politik? Sie dürfen nicht vergessen: Was sich da in der ÖVP-Reform abgespielt hat, ist nichts anderes, als dass eine Clique des Kurz in die Politik gekommen ist. Darunter gibt es durchaus begabte junge Menschen, das will ich nicht in Frage stellen. Aber vom Ansatz ist das natürlich nicht der Weg, wo man sagt, wir müssen uns jetzt zusammensetzen, wir müssen versuchen eine Brücke zu schlagen. Es ist wahrscheinlich in diesem Land kaum möglich, die Vernünftigen und Wohlwollenden aus verschiedenen Bereichen und aus verschiedenen politischen Bewegungen einmal unter ein Dach zu bringen. Darum müsste man sich bemühen, das erscheint mir notwendig. Ich glaube wir brauchen eine Konsenspolitik eines anderen Stils, die jetzt nicht darauf angelegt ist, dass man Kompromisse schließt – die man braucht, das ist keine Frage – aber Kompromisse über die Grundfragen der Zukunft und sich demgemäß verhält. Das Problem: Die politischen Parteien haben jetzt eigentlich alle Ansätze, die sie früher hatten, aufgegeben. Ich denke an das Beispiel der ÖVP: Die politische Akademie ist letztlich gegründet worden und eine Zeitlang war sie es auch, das muss ich sagen, so quasi ein beginnender Think-tank, der versucht hat, Anregungen zu geben, gewisse Impulse für eine tiefergehende Diskussion. Das ist heute alles nicht der Fall. Das gilt natürlich auch für die anderen Parteien. Das Renner-Institut macht wunderschöne, attraktive Vortragsveranstaltungen, aber welche Impulse da für eine zukünftige Entwicklung herauskommen, sehe ich nicht. Ich war einer, der anfangs die Zivilgesellschaft als politisches Feld der Gestaltung etwas skeptisch angesehen hat. In der Zwischenzeit glaub ich, dass von daher ganz wesentlich Anregungen kommen müssen. Es fehlen uns die organisatorischen Grundlagen dafür. Die Zivilgesellschaft von heute, die NGOs sind wertvolle Gremien in der Flüchtlingsfrage, in sozialen Hilfestellungen und in allem Möglichen. Es gibt aber keine NGO, die sich wirklich für die Verlebendigung der Demokratie einsetzt. Das ist ein Bereich, um den man sich kümmern müsste. Ich bin ja selber Sprecher eine Initiative für Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform, und ich weiß: Wir sind ein Minderheitenprogramm. Aber ich glaube, man soll das Programm nicht aufgeben, weil es hin und wieder doch irgendwelche Impulse geben kann, dass es auch anders gehen kann und anders gehen soll. Ich würde mir wünschen, dass es eine Gesellschaft gibt, die viel mehr von sich aus Bewegung macht und auch auf Konfrontation hingeht. Matthias Strolz hat, ein paar Wochen bevor er gegangen ist, gesagt: Wenn das so weitergeht, gibt es einen Bürgerkrieg. Jetzt weiß ich schon, dass in Österreich der Begriff Bürgerkrieg historisch konnotiert ist; jeder denkt an den Schutzbund und die Heimwehr. Es gibt aber Formen des Bürgerkriegs, die anders ausschauen. Aber die Reaktion darauf, wenn einer hergeht und sagt, wir leben in einer nicht ungefährlichen Zeit, nur zu entgegnen: Den Begriff darf man nicht verwenden! Was kann man heute tun, damit wenigstens merkbar wird, dass es etwas anderes gibt, dass man dagegen ist und dass es noch Alternativen gibt, andere Wege? Die Menschen gewöhnen sich relativ schnell an einen Autoritarismus, das zeigt ja die Geschichte. Ich glaube, dass wir heute vor der Kernfrage stehen, dass wirklich autoritäre Erscheinungsformen in der Demokratie natürlich die Demokratie gefährden. Das wird nicht der 4. März 1933, sondern das sind ganz andere Entwicklungen und Phänomene, die sich ergeben, und da muss man eben zeigen, dass es eine andere politische Tendenz gibt.

■ Ich glaube, dass wir heute vor der Kernfrage stehen, dass autoritäre Erscheinungsformen in der Demokratie die Demokratie gefährden.

Im rhetorischen Labyrinth

Momentan ist es ja so, dass diese Regierung von einer großen Mehrheit gewählt wurde.

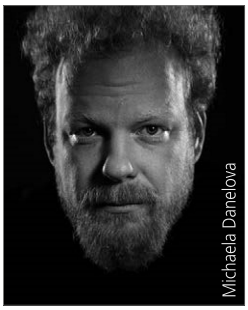
Das ist richtig und sie scheint nach wie vor die Zustimmung der Mehrheit zu

haben, aber das gerade ändert nicht meine Auffassung, gerade hier kritisch zu sein. Man müsste gerade jetzt eine verstärkte Kritik haben. Die Gefahr besteht nicht so sehr im Beziehen von Positionen, die den Kontrapunkt hervorrufen, sondern darin, dass man über gewisse Dinge nicht mehr redet. Wenn Sie sich heute das rhetorische Gehabe der Regierung anschauen, so ist es im Wesentlichen eine rhetorische Verdrängung. Die wichtigen Probleme schiebt man auf die Seite, jeder muss aber sofort an den Konsens erinnern, und jeder appelliert daran, dass wir ohnehin schon auf dem Weg sind und es wird alles gut, denn wir sind auf dem richtigen Weg, es wird alles anders. Das bedeutet natürlich letztlich, dass sie sich in einem rhetorischen Labyrinth befinden, das eines Tages auch keine Überzeugungskraft mehr hat. ■

Der Prager Frühling und ein anderer Jára

Die guten Landsleute in Nebraska

■ TOMÁŠ SEDLÁČEK



Tomáš Sedláček ist Chefvolkswirt der Tschechoslowakischen Handelsbank, Mitglied des tschechischen Nationalen Wirtschaftsrats und lehrt an der Karls-Universität Prag Wirtschaftsgeschichte und -philosophie.

Vor einer Woche wurde im amerikanischen Nebraska des Jahrestages des Prager Frühlings gedacht und es sind Landsleute sogar aus Australien angereist. Nebraska befindet sich etwa in der Mitte der USA, es ist ein Ort voll mit Landsleuten und jeder Zweite erklärt stolz „I'm from Czechoslovakia", auch wenn Sie schließlich feststellen, dass von dort sein Großvater oder seine Großmutter stammt. Es gibt hier auch eine „tschechische" Stadt Wilber, wo aus den Lautsprechern den ganzen Tag eine lustige Polka zu hören ist, die hier jeden Freitag im Rahmen einer abendlichen Party auch getanzt wird. Jeder wirkliche Tscheche ist hier fast eine Zelebrität, selbst wenn ihre Namen mit George, Kathy und Bill beginnen und die Hälfte ihrer Zunamen Stastny, Novacek oder so ähnlich lautet.

Weshalb aber feiern die Landsleute den Prager Frühling schon jetzt, wo wir ihn uns erst im August in Erinnerung rufen? Da wir seiner – typisch skeptisch – erst im Moment seiner Beendigung durch die Okkupation gedenken. Wir sollten uns den Prager Frühling im Frühjahr, nicht an dessen durch eine fremde „brüderliche Hilfe" verursachtem Ende in Erinnerung rufen. Die Amerikaner feiern ihn so, wie es sein sollte: im Frühjahr, als er seinen Verlauf nahm, in einer Zeit der Hoffnung, in einer Zeit, in der sich das Leben den Weg durch die Reste des winterlichen Grau bahnt und die Menschen lächeln.

Wie bekannt, kam dieser Frühling zu früh. Und er war im Stahl des Ostens eingegossen. Und wie sieht dies heute aus der Sicht Russlands aus? Putin selbst hat erklärt, dass die größte Tragödie der modernen russischen Geschichte der Zerfall der UdSSR war. Wenn es also nach ihm gegangen wäre und seine Wünsche hätten erfüllt werden können, wäre es zu einem solchen Zerfall des russischen Machteinflusses nie gekommen. Schwer zu sagen, aber wäre damals der selbstbewusste Putin statt des gemäßigten Gorbatschow am Ruder gestanden, wäre die Samtene Revolution nicht so samten gewesen (urteilt man nach dem, was in Grusinien und in der Ukraine geschehen ist; obendrein hatten hier damals die Russen ihre Truppen).

Der größte Russe

Als im Rahmen eines internationalen Wettbewerbes Menschen gefragt wurden, wer der größte Tscheche ist, stimmten die meisten für Jára Cimrman, eine fiktive Gestalt, die aber das Tschechentum mög-